

March 20, 1991

**The Chancellor's [Helmut Kohl's] Meeting with the
American Jewish Committee on 19 March 1991**

Citation:

"The Chancellor's [Helmut Kohl's] Meeting with the American Jewish Committee on 19 March 1991", March 20, 1991, Wilson Center Digital Archive, BArch, B 136/59744, 171-178. Contributed, transcribed, and translated by Stephan Kieninger.
<https://digitalarchive.umd.edu/document/300118>

Summary:

Kohl and the American Jewish Committee review the international position of unified Germany in Europe and in NATO in particular. Kohl rejects the term "leadership role" for Germany.

Original Language:

German

Contents:

Original Scan
Transcript - German
Translation - English

Abteilungsleiter 2
VLR Dr. von Morr, 2248

Bonn, den 20. März 1991
Jac-do

165
170

Über Herrn Chef des Bundeskanzleramtes
Herrn Bundeskanzler n.R.

sp. def BK i.V.

Der Leiter
des Kanzlerbüros
25. MRZ 1991

Betr.: Ihr Gespräch mit dem American Jewish Committee am 19.3.1991

Votum:

Billigung des beigefügten Gesprächsvermerks

Anliegend lege ich einen Vermerk über Ihr Gespräch mit dem American Jewish Committee mit der Bitte um Billigung vor.

Ferner erbitte ich Ihre Zustimmung, daß das Auswärtige Amt - z.Hd. des Staatssekretärs - durch Doppel des Vermerks unterrichtet wird.

JK

Hartmann
(Dr. Hartmann)

J. Hartmann

*9/12/91
24/4*

Referat 212
VLR Dr. von Morr, 2248

Bonn, den 20. März 1991
Jac-do

171
166

V e r m e r k

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem American Jewish Committee am 19.3.1991

1. Teilnehmer:

Präsident Comay sowie die Herren Ramer, Kornreich, Mirowitz, Reich und Harris, Herr Pordzik (Konrad Adenauer-Stiftung, Büro Washington).

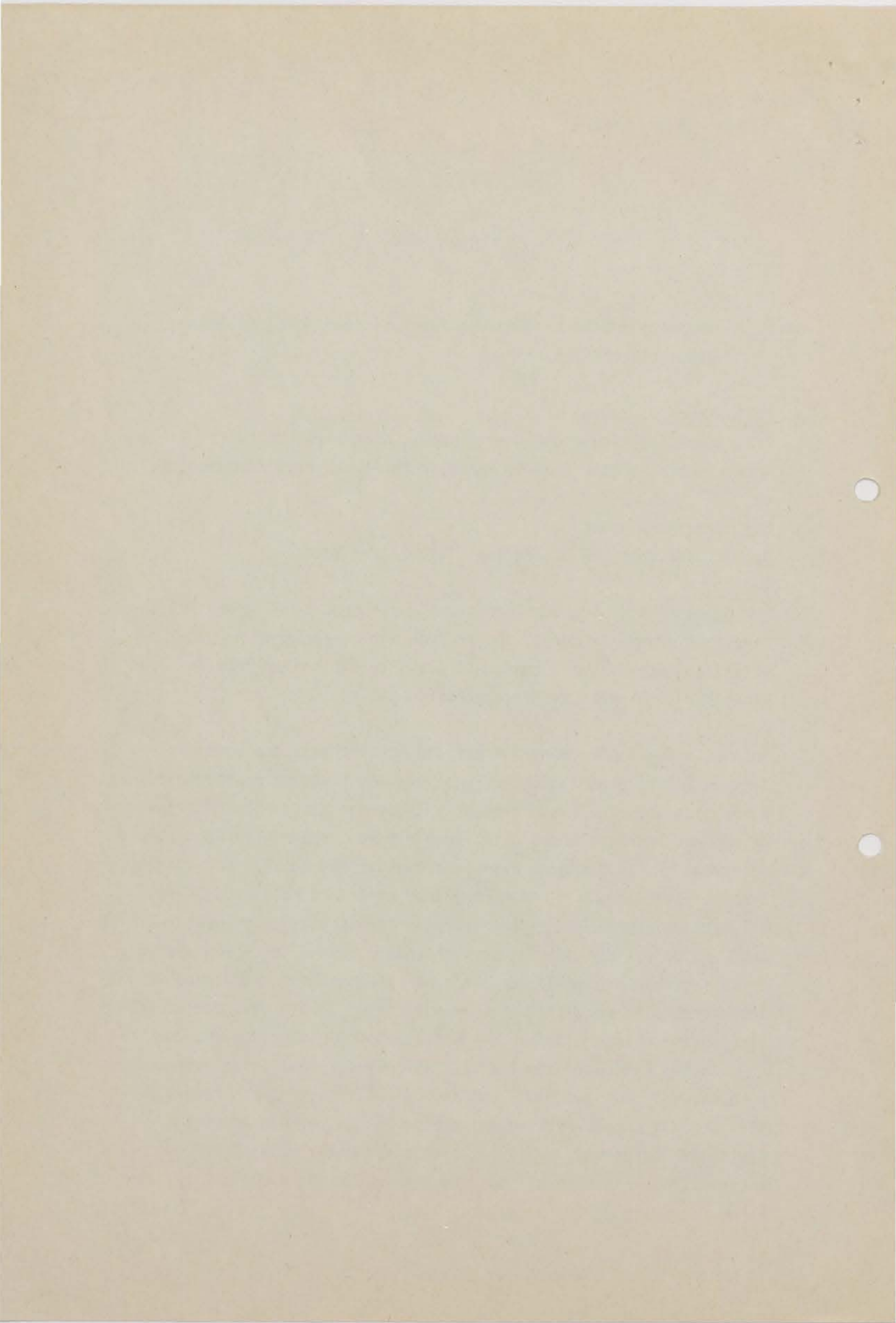
Vom Bundeskanzleramt:

Mdg Dr. Kaestner, MR Dr. Mertes, VLR Dr. von Morr.

2. Der Bundeskanzler begrüßte den neuen Vorstand des AJC unter Präsident Comay und erinnerte daran, daß er auch mit Herrn Seymour Reich in dessen seinerzeitiger Eigenschaft als internationaler Präsident von B'nai B'rith bereits zusammengetroffen sei.

Präsident Comay wies eingangs auf die bereits seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bestehende enge und konstruktive Beziehung des AJC zu Deutschland hin. Als Organisation habe man ein großes Interesse daran, auf höchster Ebene jetzt auch mit dem vereinigten Deutschland in Verbindung zu bleiben. Besonders dankbar sei das AJC der Konrad Adenauer-Stiftung, die viele Programme gefördert habe. Erst kürzlich sei eine umfangreiche Forschungsarbeit fertiggestellt worden, die sich ausführlich mit der Haltung Deutschlands - sowohl im Westen wie im Osten - gegenüber Juden, der jüdischen Gemeinschaft und Israel auseinandersetze. Ein beachtliches Ergebnis dieser Studie sei, daß es erhebliche Unterschiede zwischen der Durchschnittsbevölkerung und den politischen Eliten im Hinblick auf ihre Einstellung Juden gegenüber gebe; es sei ganz deutlich, daß die Eliten eine viel positivere Einstellung als andere Bevölkerungskreise hätten. Beim gegenwärtigen Deutschlandaufenthalt wolle man sich mit dieser Frage näher auseinandersetzen. Weiterhin sei das Thema einer Friedensregelung für den Nahen Osten von großer Bedeutung.

...



- 2 -

167

172

Der Bundeskanzler würdigte anhand persönlicher Erlebnisse die Geschichte der deutsch-jüdischen Beziehungen: Vor dem Krieg habe es eine enge deutsch-jüdische Symbiose gegeben. Diese Dinge seien beispielsweise dem israelischen AM Levy, der aus Marokko stamme, nicht so sehr bewußt. Er habe Levy bei seinem kürzlichen Besuch angeboten, daß sie beide beim nächsten Deutschlandbesuch einen Besuch in Worms machen könnten, wo man den jüdischen Friedhof und die Synagoge aufsuchen könne. Es wäre nur gut, wenn das jüdische Gemeindeleben in Deutschland zunehmen würde. Zwar sage die israelische Regierung, daß sie nicht wolle, daß z.B. sowjetische Juden nach Deutschland gingen anstatt nach Israel. Es sei aber die freie Entscheidung der betroffenen Menschen, ihren Aufenthaltsort zu bestimmen. Er als Bundeskanzler könne zu emigrierten sowjetischen Juden nicht sagen: "Ihr könnt nicht hier bleiben". Zwar sei die Zeit vor dem Krieg nicht rückholbar. Was man aber tun könne, sei, daß man diesen Teil der Geschichte an kommende Generationen weitergebe.

Im Hinblick auf die Studie des AJC wies der Bundeskanzler sowohl auf die psychologische Lage der Deutschen nach der Vereinigung wie auch den Zeitpunkt der Meinungsumfragen hin. Zwar sei Deutschland nunmehr staatsrechtlich eine Einheit, in den Köpfen der Menschen dauere die Teilung aber noch fort. Die in der ehemaligen DDR lebenden Deutschen hätten 12 Jahre Nazidiktatur, anschließend 4 Jahre sowjetische Militärrherrschaft und dann seit 1949 die Herrschaft der SED hinter sich. Die DDR mit ihren 17 Millionen Einwohnern habe 2,9 Millionen SED-Mitglieder aufzuweisen gehabt sowie 120.000 hauptamtliche Stasi-Mitarbeiter. Das Ganze habe 40 Jahre gedauert. Es sei nicht weiter verwunderlich, daß der aus Stalins Zeit stammende Antisemitismus im ganzen Osten noch relevant sei, nicht nur in der ehemaligen DDR, sondern auch in Polen und der CSFR. In der DDR habe es in den 40 Jahren ihres Bestehens eine von oben ausgehende anti-israelische Grundströmung gegeben; außerdem einen offiziellen Antiamerikanismus, der mit anti-jüdischen und anti-israelischen Komponenten gepaart gewesen sei. Obwohl die Sowjetunion unter Gorbatschow durch ihr Abstimmungsverhalten im VN-Sicherheitsrat das Zustandekommen der Anti-Irak-Koalition möglich gemacht habe, sei diese Wende in den Köpfen der Menschen in der ehemaligen DDR noch nicht nachvollzogen worden. Es komme jetzt darauf an, Vorgänge wie die europäische Integration und die deutsch-französische Freundschaft auch in den neuen Ländern geistig nachzuvollziehen. Im Osten gebe es nicht

...

- 3 -

168

173

nur negative Stimmen gegenüber Israel, sondern beispielsweise auch gegenüber Polen - anders als im westlichen Teil Deutschlands. Eine besondere Sorge bereite ihm, daß es nach dem wirtschaftlichen Aufholen im Osten aller Voraussicht nach zu einer "Wohlstandsgrenze" mit Polen kommen werde, wie sie beispielsweise mit Frankreich nicht bestehe und nie bestanden habe.

Im Hinblick auf die deutsch-israelischen Beziehungen führte der Bundeskanzler aus, daß man eine Kurve zu verzeichnen gehabt hätte. Nach dem Krieg habe man bei Null angefangen. Dann habe es das Treffen Adenauer/Ben Gurion in New York gegeben, in dessen Folge sich die Beziehungen nach oben entwickelt hätten. Es habe Zeiten gegeben, in denen Israel in der Bundesrepublik Deutschland besonders populär gewesen wäre. Gelitten habe das Ansehen Israels praktisch ausschließlich wegen der Palästinenserfrage, wobei es hier weniger auf juristische Fragen als auf die Bilder ankomme. In einem Land mit ausgeprägter Flüchtlingsgeschichte sei man für das Schicksal von Flüchtlingen besonders sensibel.

Was die weltpolitischen Vorgänge angehe, so erwarte er noch in diesem Jahrzehnt dramatische Veränderungen. Ein Markstein werde die Vereinigung Europas - Stichwort Binnenmarkt - sein. Im Jahre 2000 werde man drei große Zentren haben: Japan/Korea; USA/Kanada evtl. Mexiko; Europa. Die USA blieben in Europa präsent. Wohin sich die Sowjetunion entwickle, könne man heute noch nicht sagen. Es gelte, die gegenwärtig günstigen Faktoren für eine dauernde Friedensordnung im Nahen und Mittleren Osten zu nutzen. Denkbar sei ein "Marshallplan" für den Nahen Osten. Vorrang habe aber eine politische Regelung. Israel müsse dauerhaft gesichert, gleichzeitig müsse aber auch die Palästinenserfrage gelöst werden.

Präsident Comay würdigte jüngste deutsche Bemühungen für Israel, mit denen es sich in vorteilhafter Weise von anderen europäischen Partnern abgehoben habe. Eine internationale Konferenz zur Lösung des Nah-Ost-Problems halte er für kontraproduzent. Besser sei es, wenn Israel mit seinen Nachbarn sowie ggf. anderen relevanten arabischen Ländern in direkte Verhandlungen eintreten würde. Auf diese Weise könne am besten Vertrauen hergestellt und entwickelt werden. Er hoffe, daß Deutschland diese Position unterstütze und daß sich auch die deutsch-israelischen Handelsbeziehungen vorteilhaft weiterentwickelten.

...

- 4 -

169
174

D möge in Europa eine "Führungsrolle" hinsichtlich der Nah- und Mittel-
ostpolitik einnehmen.

Herr Kornreich warf ein, daß er Amerikaner und Jude gleichzeitig sei,
aber das Gefühl habe, den Bundeskanzler besser zu verstehen als AM
Levy. Er könne die vom Bundeskanzler vorgetragenen Punkte nur auf das
wärmste unterstützen.

Herr Ramer fragte, was Deutschland gegen den arabischen Handelsboykott
gegen Israel tun kann.

Der Bundeskanzler antwortete, daß man versuche werde, Israel wirksam
zu unterstützen. Den Begriff "Führungsrolle" möge er nicht. Die
Deutschen wären gut beraten, nicht lautstark zu sein. Dieses habe
nichts damit zu tun, daß Deutschland sich seiner Aufgaben und Verant-
wortungen nicht sehr wohl bewußt sei. Um dem Neid anderer Europäer zu
begegnen, müsse man die europäische Integration voranbringen. Es
gelte, zwei "Dächer" über Deutschland zu bauen bzw. auszubauen, die
NATO und die Europäische Gemeinschaft.

Im Hinblick auf den Nahen Osten bedeute dies auch, daß Europa Verant-
wortung für diese Region als Geburtsort dreier großer Weltreligionen
trage. Dazu gehöre der Islam. Es könne der amerikanischen Regierung
gar nicht hoch genug angerechnet werden, daß sie es stets vermieden
habe, den Golf-Krieg als einen Krieg des Westens gegen den Islam
erscheinen zu lassen. Er bemühe sich in seinen Kontakten mit
islamischen Führern (Hinweis auf Telefonat mit Rafsanjani), dies immer
wieder klar zu machen. So habe er Rafsanjani dazu aufgerufen, das Ver-
hältnis mit den USA in Ordnung zu bringen. Verhärtungen hätten sich
aber noch nicht gelöst.

Zu den deutsch-israelischen Beziehungen: In der Tat helfe man Israel,
wo man könne und wirke in den zuständigen Gremien der Europäischen
Gemeinschaft und auch anderenorts immer wieder darauf hin. Dieses sei
nicht selbstverständlich, weil beispielsweise die landwirtschaftlichen
Erzeugnisse Israels größtenteils die gleichen Produkte seien, wie sie
auch mediterrane Mitgliedstaaten der EG herstellten.

...

- 5 -

170
175

Darüber dürfe man aber nicht die Entwicklung der Beziehungen zu den arabischen Ländern vergessen. Auch nach dem glücklichen Ausgang des Golf-Krieges sei zu konstatieren, daß alle wesentlichen Probleme noch da seien. Wichtig seien die Beziehungen außer zu Israel beispielsweise zu Ägypten und der Türkei als nah-östlichen Schlüsselstaat an. Nicht alle Alliierten der Anti-Irak-Koalition seien besonders sympathisch. An der Heiligsprechung Syriens wolle er sich nicht beteiligen, er habe sich seinerzeit beim Iran-Irak-Krieg auch nicht an der Aufwertung des Irak beteiligt.

Herr Mirowitz stellte eine Frage nach den Vorteilen einer vom Bundeskanzler als wünschenswert bezeichneten Intensivierung jüdischen Gemeindelebens in Deutschland.

In seiner Antwort unterstrich der Bundeskanzler die Bedeutung eines Dialogs zwischen Christentum, Judentum und Islam. Von aktiven jüdischen Gemeinden könne ein wichtiger Einfluß auf Universitäten, die geistigen, künstlerischen und literarischen Eliten des Landes ausgehen; sie wären im übrigen ein Beitrag zur Internationalität des Landes. Er wolle hier einen Vergleich gebrauchen: Das Fehlen der jüdischen Präsenz (gegenüber der Vorkriegszeit) sei wie ein abgebrannter Wald. Es sei aber noch der Humus da, nun müßten Förster kommen, um Bäume zu pflanzen. Förster pflanzten auch Bäume in dem Bewußtsein, ihr volles Wachstum nicht mehr miterleben zu können. In diesem Bewußtsein pflege er die deutsch-jüdischen Beziehungen. Wenn Europa beispielsweise im Jahre 2010 eines der drei großen Weltzentren sei, dann wäre es doch für Israel und die jüdische Gemeinschaft gut, wenn es in Deutschland aktive und blühende jüdische Gemeinden geben würde. Mit wem wolle man denn sonst Beziehungen pflegen? Im übrigen könne er keinen einzigen Grund entdecken, der gegen ein Anwachsen des jüdischen Gemeindelebens in Deutschland spreche.

Herr Reich warf im Hinblick auf die Bemerkung des Bundeskanzlers zur "Führungsrolle" ein, daß sich Deutschland aus ihr werde nicht davonestehlen können. Allenfalls könne Deutschland noch eine Pause von 1 - 2 Jahren für sich beanspruchen, um die Folgen der Vereinigung zu bewältigen. Danach werde Deutschland entsprechend seiner Bedeutung und Stellung auftreten müssen.

...

- 6 -

27

176

Es gebe nicht nur eine besondere Beziehung zwischen den USA und Israel, sondern es gebe auch eine besondere Beziehung zwischen Deutschland und Israel. In diesem Zusammenhang wolle er eine Frage nach den Petita der Jewish Claims Commission im Hinblick auf eine Entschädigung für NS-Opfer stellen.

Der Bundeskanzler sicherte zu, sich um die Anliegen der Claims Conference kümmern zu wollen. Zur Führungsrolle der Deutschen: Natürlich kenne D seine Rolle und Verantwortung; dies bedeute aber nicht, daß man immer darüber reden müsse. Natürlich liege Deutschland im Zentrum, nicht nur geographisch gesprochen. Es sei jedoch nicht einfach, den Menschen klarzumachen, daß sie nunmehr auch größere Verantwortung tragen müßten.

Herr Reich warf ein, daß die Entscheidung Deutschlands, keine deutschen Truppen an den Golf zu verlegen, richtig gewesen sei. Die US-Administration habe in diesem Punkt nicht richtig reagiert.

Der Bundeskanzler antwortete, daß man dennoch die Verfassung ändern müsse. Wenn man Mitglied der VN sei, gebe es nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten. Dies müßten die Deutschen jedoch erst wieder lernen, nachdem sie Jahrzehnte lang gehört hätten, "derartige Dinge nicht tun zu dürfen". Die deutschen Rahmenbedingungen würden nicht überall in den USA verstanden. Amerikanische Kongreßabgeordnete würden davon so wenig verstehen wie deutsche Bundestagsabgeordnete von amerikanischen politischen Notwendigkeiten.

Entscheidend sei, daß es nicht auf die Tagesdemoskopie ankomme. In Deutschland gebe es eine pro-amerikanische Grundstimmung. Der Marshallplan sei unvergessen, ebenso der amerikanische Schutz und die Erhaltung von Frieden und Freiheit wie auch die Verteidigung Berlins.

Herr Harris unterstrich die positive Einstellung des AJC zur deutschen Vereinigung und stellte Fragen einmal zur Rolle deutscher Firmen im Hinblick auf den Export von Waffen in den Irak und zum anderen nach dem arabischen Handelsboykott.

...

- 7 -

172
177

Der Bundeskanzler antwortete, daß er dafür eintrete, daß im Rahmen der jetzt möglichen friedlichen Entwicklung der arabische Handelsboykott gegen Israel fallen müsse. Hier sehe er eine Mitwirkungsmöglichkeit für die EG, die möglicherweise sogar bessere Chancen als die USA habe. Die Möglichkeit dazu werde man ausloten.

Was die deutschen Firmen angehe, so müsse er festhalten, daß aus Deutschland seit 1961 nicht eine einzige Waffe an den Irak geliefert worden sei. Seit seinem Amtsantritt 1982 seien Waffenexporte in den Nahen und Mittleren Osten überhaupt nicht genehmigt worden, obwohl die USA uns während der Iran-Krise darum gebeten hätten. Saudi Arabien sei besonders stark an deutschen U-Booten, Leo II-Panzern und Glattrohrkanonen interessiert gewesen. Die Saudis seien noch heute über ihn verärgert, daß er entsprechende Exporte verhindert habe.

Eine andere Sache sei aber, daß deutsche Firmen außerhalb der Legalität bestimmte Produkte geliefert hätten. Was ihn besonders bedrücke, sei, daß es sich dabei teilweise um chemische Produkte gehandelt habe. Obwohl Deutschland keineswegs an der Spitze einschlägiger Lieferungen gelegen habe, sei man in einer völlig anderen Lage als andere Länder.

Wichtig sei es, derartige Vorgänge gesellschaftlich zu ächten. Denn wirkungsvoller als gesetzliche Maßnahmen sei der Hinauswurf derartiger Firmen aus dem Bundesverband der Deutschen Industrie.

Die gesetzlichen Bestimmungen seien erheblich verschärft worden und viel rigoroser als in anderen vergleichbaren Ländern. Wichtig sei aber auch, daß man zu einer aus dem Umweltrecht stammenden Einrichtung gelange, nämlich daß in jedem Vorstand eine Person benannt würde, die für derartige Exportfragen verantwortlich sei.

Bei einem Problem sei man praktisch hilflos: Wenn ein Ingenieur, der bei einer einschlägigen Firmen in Deutschland gearbeitet habe, beispielsweise von einem bestimmten Land ein doppeltes oder dreifaches Gehalt angeboten bekomme, und für eine bestimmte Zeit dorthin auswandere und dem Land seine Kenntnisse zur Verfügung stellt. Mit einem derartigen Personenkreis habe man es bei einer großen Zahl der "Geiseln" im Irak zu tun gehabt. Viele hätten angegeben, daß sie von

...

- 8 -

Beruf aus "Handelsvertreter" gewesen wären, er frage sich nur welche Art von Handel sie vertreten hätten. Die meisten seien, kaum das man sie befreit habe, sofort wieder verschwunden. Schon aus diesem Grunde sei das wichtigste was man machen könne, die gesellschaftliche Ächtung entsprechender Vorgänge.

Präsident Comay dankte zum Abschluß dem Bundeskanzler für das ausführliche (knapp 2 1/2-stündige) Gespräch.

(Dr. von Morr)

123

178

Referat 212 VLR Dr. von Morr

Bonn, den 20. März 1991

V e r m e r k

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem American Jewish Committee am 19.3.1991^[1]

1. Teilnehmer:

Präsident Comay sowie die Herren Ramer, Kornreich, Mirowitz, Reich und Harris, Herr Pordzik (Konrad-Adenauer-Stiftung, Büro Washington).

Vom Bundeskanzleramt: Mdg Dr. Kaestner, MR Dr. Mertes, VLR Dr. von Morr.

2. Der Bundeskanzler begrüßte den neuen Vorstand des AJC unter Präsident Comay und erinnerte daran, daß er auch mit Herrn Seymour Reich in dessen seinerzeitiger Eigenschaft als internationaler Präsident von B'nai B'rith bereits zusammengetroffen sei.

Präsident Comay wies eingangs auf die bereits seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bestehende enge und konstruktive Beziehung des AJC zu Deutschland hin. Als Organisation habe man ein großes Interesse daran, auf höchster Ebene jetzt auch mit dem vereinigten Deutschland in Verbindung zu bleiben. Besonders dankbar sei das AJC der Konrad-Adenauer-Stiftung, die viele Programme gefördert habe. Erst kürzlich sei eine umfangreiche Forschungsarbeit fertiggestellt worden, die sich ausführlich mit der Haltung Deutschlands - sowohl im Westen wie im Osten - gegenüber Juden, der jüdischen Gemeinschaft und Israel auseinandersetze. Ein beachtliches Ergebnis dieser Studie sei, daß es erhebliche Unterschiede zwischen der Durchschnittsbevölkerung und den politischen Eliten im Hinblick auf ihre Einstellung Juden gegenüber gebe; es sei ganz deutlich, daß die Eliten eine viel positivere Einstellung als andere Bevölkerungskreise hätten. Beim gegenwärtigen Deutschlandaufenthalt wolle man sich mit dieser Frage näher auseinandersetzen. Weiterhin sei das Thema einer Friedensregelung für den Nahen Osten von großer Bedeutung.

Der Bundeskanzler würdigte anhand persönlicher Erlebnisse die Geschichte der deutsch-jüdischen Beziehungen: Vor dem Krieg habe es eine enge deutsch-jüdische Symbiose gegeben. Diese Dinge seien beispielsweise dem israelischen AM Levy, der aus Marokko stamme, nicht so sehr bewußt. Er habe Levy bei seinem kürzlichen Besuch angeboten, daß sie beide beim nächsten Deutschlandbesuch einen Besuch in Worms machen könnten, wo man den jüdischen Friedhof und die Synagoge aufsuchen könne. Es wäre nur gut, wenn das jüdische Gemeindeleben in Deutschland zunehmen würde. Zwar sage die israelische Regierung, daß sie nicht wolle, daß z.B. sowjetische Juden nach Deutschland gingen anstatt nach Israel. Es sei aber die freie Entscheidung der betroffenen Menschen, ihren Aufenthaltsort zu bestimmen. Er als Bundeskanzler könne zu emigrierten sowjetischen Juden nicht sagen: "Ihr könnt nicht hier bleiben". Zwar sei die Zeit vor dem Krieg nicht rückholbar. Was man aber tun könne, sei, daß man diesen Teil der Geschichte an kommende Generationen weitergebe.

Im Hinblick auf die Studie des AJC wies der Bundeskanzler sowohl auf die psychologische Lage der Deutschen nach der Vereinigung wie auch den Zeitpunkt der Meinungsumfragen hin. Zwar sei Deutschland nunmehr staatsrechtlich eine Einheit, in den Köpfen der Menschen dauere die Teilung aber noch fort. Die in der ehemaligen DDR lebenden Deutschen hätten 12 Jahre Nazidiktatur, anschließend 4 Jahre sowjetische Militärherrschaft und dann seit 1949 die Herrschaft der SED hinter sich. Die DDR mit ihren 17 Millionen Einwohnern habe 2,9 Millionen SED-Mitglieder aufzuweisen gehabt sowie 120.000 hauptamtliche Stasi-Mitarbeiter. Das Ganze habe 40 Jahre gedauert. Es sei nicht weiter verwunderlich, daß der aus Stalins Zeit stammende Antisemitismus im ganzen Osten noch relevant sei, nicht nur in der ehemaligen DDR, sondern auch in Polen und der CSFR.

In der DDR habe es in den 40 Jahren ihres Bestehens eine von oben ausgehende anti-israelische Grundströmung gegeben; außerdem einen offiziellen Antiamerikanismus, der mit antijüdischen und anti-israelischen Komponenten gepaart gewesen sei. Obwohl die Sowjetunion unter Gorbatschow durch ihr

Abstimmungsverhalten im VN-Sicherheitsrat das Zustandekommen der Anti-Irak-Koalition möglich gemacht habe, sei diese Wende in den Köpfen der Menschen in der ehemaligen DDR noch nicht nachvollzogen worden. Es komme jetzt darauf an, Vorgänge wie die europäische Integration und die deutsch-französische Freundschaft auch in den neuen Ländern geistig nachzuvollziehen. Im Osten gebe es nicht nur negative Stimmen gegenüber Israel, sondern beispielsweise auch gegenüber Polen – anders als im westlichen Teil Deutschlands. Eine besondere Sorge bereite ihm, daß es nach dem wirtschaftlichen Aufholen im Osten aller Voraussicht nach zu einer "Wohlstandsgrenze" mit Polen kommen werde, wie sie beispielsweise mit Frankreich nicht bestehe und nie bestanden habe.

Im Hinblick auf die deutsch-israelischen Beziehungen führte der Bundeskanzler aus, daß man eine Kurve zu verzeichnen gehabt hätte. Nach dem Krieg habe man bei Null angefangen. Dann habe es das Treffen Adenauer/Ben Gurion in New York gegeben, in dessen Folge sich die Beziehungen nach oben entwickelt hätten. Es habe Zelten gegeben, in denen Israel in der Bundesrepublik Deutschland besonders populär gewesen wäre. Gelitten habe das Ansehen Israels praktisch ausschließlich wegen der Palästinenserfrage, wobei es hier weniger auf juristische Fragen als auf die Bilder ankomme. In einem Land mit ausgeprägter Flüchtlingsgeschichte sei man für das Schicksal von Flüchtlingen besonders sensibel.

Was die weltpolitischen Vorgänge angehe, so erwarte er noch in diesem Jahrzehnt dramatische Veränderungen. Ein Markstein werde die Vereinigung Europas – Stichwort Binnenmarkt – sein. Im Jahre 2000 werde man drei große Zentren haben: Japan/Korea; USA/Kanada evtl. Mexiko; Europa. Die USA blieben in Europa präsent. Wohin sich die Sowjetunion entwickle, könne man heute noch nicht sagen. Es gelte, die gegenwärtig günstigen Faktoren für eine dauernde Friedensordnung im Nahen und Mittleren Osten zu nutzen. Denkbar sei ein "Marshallplan" für den Nahen Osten. Vorrang habe aber eine politische Regelung. Israel müsse dauerhaft gesichert, gleichzeitig müsse aber auch die Palästinenserfrage gelöst werden.

Präsident Comay würdigte jüngste deutsche Bemühungen für Israel, mit denen es sich in vorteilhafter Weise von anderen europäischen Partnern abgehoben habe. Eine internationale Konferenz zur Lösung des Nah-Ost-Problems halte er für kontraproduzent. Besser sei es, wenn Israel mit seinen Nachbarn sowie ggf. anderen relevanten arabischen Ländern in direkte Verhandlungen eintreten würde. Auf diese Weise könne am besten Vertrauen hergestellt und entwickelt werden. Er hoffe, daß Deutschland diese Position unterstütze und daß sich auch die deutsch-israelischen Handelsbeziehungen vorteilhaft weiterentwickelten.

D möge in Europa eine "Führungsrolle" hinsichtlich der Nah- und Mittelostpolitik einnehmen.

Herr Kornreich warf ein, daß er Amerikaner und Jude gleichzeitig sei, aber das Gefühl habe, den Bundeskanzler besser zu verstehen als AM Levy. Er könne die vom Bundeskanzler vorgetragene Punkte nur auf das wärmste unterstützen.

Herr Ramer fragte, was Deutschland gegen den arabischen Handelsboykott gegen Israel tun kann.

Der Bundeskanzler antwortete, daß man versuche werde, Israel wirksam zu unterstützen. Den Begriff "Führungsrolle" möge er nicht. Die Deutschen wären gut beraten, nicht lautstark zu sein. Dieses habe nichts damit zu tun, daß Deutschland sich seiner Aufgaben und Verantwortungen nicht sehr wohl bewußt sei. Um dem Neid anderer Europäer zu begegnen, müsse man die europäische Integration voranbringen. Es gelte, zwei "Dächer" über Deutschland zu bauen bzw. auszubauen, die NATO und die Europäische Gemeinschaft.

Im Hinblick auf den Nahen Osten bedeute dies auch, daß Europa Verantwortung für diese Region als Geburtsort dreier großer Weltreligionen trage. Dazu gehöre der Islam. Es könne der amerikanischen Regierung gar nicht hoch genug angerechnet werden, daß sie es stets vermieden habe, den Golf-Krieg als einen Krieg des Westens gegen den Islam erscheinen zu lassen. Er bemühe sich in seinen Kontakten mit islamischen Führern (Hinweis auf Telefonat mit Rafsanjani), dies immer wieder klar zu machen. So habe er Rafsanjani dazu aufgerufen, das Verhältnis mit den USA in Ordnung zu bringen. Verhärtungen hätten sich aber noch nicht gelöst.

Zu den deutsch-israelischen Beziehungen: In der Tat helfe man Israel, wo man könne

und wirke in den zuständigen Gremien der Europäischen Gemeinschaft und auch anderenorts immer wieder darauf hin. Dieses sei nicht selbstverständlich, weil beispielsweise die landwirtschaftlichen Erzeugnisse Israels größtenteils die gleichen Produkte seien, wie sie auch mediterrane Mitgliedstaaten der EG herstellten.

Darüber dürfe man aber nicht die Entwicklung der Beziehungen zu den arabischen Ländern vergessen. Auch nach dem glücklichen Ausgang des Golf-Krieges sei zu konstatieren, daß alle wesentlichen Probleme noch da seien. Wichtig seien die Beziehungen außer zu Israel beispielsweise zu Ägypten und der Türkei als nah-östlichen Schlüsselstaat an. Nicht alle Alliierten der Anti-Irak-Koalition seien besonders sympathisch. An der Heiligsprechung Syriens wolle er sich nicht beteiligen, er habe sich seinerzeit beim Iran-Irak-Krieg auch nicht an der Aufwertung des Irak beteiligt.

Herr Mirowitz stellte eine Frage nach den Vorteilen einer vom Bundeskanzler als wünschenswert bezeichneten Intensivierung jüdischen Gemeindelebens in Deutschland.

In seiner Antwort unterstrich der Bundeskanzler die Bedeutung eines Dialogs zwischen Christentum, Judentum und Islam. Von aktiven jüdischen Gemeinden könne ein wichtiger Einfluß auf Universitäten, die geistigen, künstlerischen und literarischen Eliten des Landes ausgehen; sie wären im übrigen ein Beitrag zur Internationalität des Landes. Er wolle hier einen Vergleich gebrauchen: Das Fehlen der jüdischen Präsenz (gegenüber der Vorkriegszeit) sei wie ein abgebrannter Wald. Es sei aber noch der Humus da, nun müßten Förster kommen, um Bäume zu pflanzen. Förster pflanzten auch Bäume in dem Bewußtsein, ihr volles Wachstum nicht mehr miterleben zu können. In diesem Bewußtsein pflege er die deutsch-jüdischen Beziehungen. Wenn Europa beispielsweise im Jahre 2010 eines der drei großen Weltzentren sei, dann wäre es doch für Israel und die jüdische Gemeinschaft gut, wenn es in Deutschland aktive und blühende jüdische Gemeinden geben würde. Mit wem wolle man denn sonst Beziehungen pflegen? Im übrigen könne er keinen einzigen Grund entdecken, der gegen ein Anwachsen des jüdischen Gemeindelebens in Deutschland spreche.

Herr Reich warf im Hinblick auf die Bemerkung des Bundeskanzlers zur "Führungsrolle" ein, daß sich Deutschland aus ihr werde nicht davonstehlen können. Allenfalls könne Deutschland noch eine Pause von 1 - 2 Jahren für sich beanspruchen, um die Folgen der Vereinigung zu bewältigen. Danach werde Deutschland entsprechend seiner Bedeutung und Stellung auftreten müssen.

Es gebe nicht nur eine besondere Beziehung zwischen den USA und Israel, sondern es gebe auch eine besondere Beziehung zwischen Deutschland und Israel. In diesem Zusammenhang wolle er eine Frage nach den Petita der Jewish Claims Commission im Hinblick auf eine Entschädigung für NS-Opfer stellen.

Der Bundeskanzler sicherte zu, sich um die Anliegen der Claims Conference kümmern zu wollen. Zur Führungsrolle der Deutschen: Natürlich kenne D seine Rolle und Verantwortung; dies bedeute aber nicht, daß man immer darüber reden müsse. Natürlich liege Deutschland im Zentrum, nicht nur geographisch gesprochen. Es sei jedoch nicht einfach, den Menschen klarzumachen, daß sie nunmehr auch größere Verantwortung tragen müßten.

Herr Reich warf ein, daß die Entscheidung Deutschlands, keine deutschen Truppen an den Golf zu verlegen, richtig gewesen sei. Die US-Administration habe in diesem Punkt nicht richtig reagiert.

Der Bundeskanzler antwortete, daß man dennoch die Verfassung ändern müsse. Wenn man Mitglied der VN sei, gebe es nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten. Dies müßten die Deutschen jedoch erst wieder lernen, nachdem sie Jahrzehnte lang gehört hätten, "derartige Dinge nicht tun zu dürfen". Die deutschen Rahmenbedingungen würden nicht überall in den USA verstanden. Amerikanische Kongreßabgeordnete würden davon so wenig verstehen wie deutsche Bundestagsabgeordnete von amerikanischen politischen Notwendigkeiten.

Entscheidend sei, daß es nicht auf die Tagesdemoskopie ankomme. In Deutschland gebe es eine pro-amerikanische Grundstimmung. Der Marshallplan sei unvergessen, ebenso der amerikanische Schutz und die Erhaltung von Frieden und Freiheit wie auch die Verteidigung Berlins.

Herr Harris unterstrich die positive Einstellung des AJC zur deutscher Vereinigung und stellte Fragen einmal zur Rolle deutscher Firmen im Hinblick auf den Export von Waffen in den Irak und zum anderen nach dem arabischen Handelsboykott.

Der Bundeskanzler antwortete, daß er dafür eintrete, daß im Rahmen der jetzt möglichen friedlichen Entwicklung der arabische Handelsboykott gegen Israel fallen müsse. Hier sehe er eine Mitwirkungsmöglichkeit für die EG, die möglicherweise sogar bessere Chancen als die USA habe. Die Möglichkeit dazu werde man ausloten.

Was die deutschen Firmen angehe, so müsse er festhalten, daß aus Deutschland seit 1961 nicht eine einzige Waffe an den Irak geliefert worden sei. Seit seinem Amtsantritt 1982 seien Waffenexporte in den Nahen und Mittleren Osten überhaupt nicht genehmigt worden, obwohl die USA uns während der Iran-Krise darum gebeten hätten. Saudi Arabien sei besonders stark an deutschen U-Booten, Leo II-Panzern und Glattrohrkanonen interessiert gewesen. Die Saudis seien noch heute über ihn verärgert, daß er entsprechende Exporte verhindert habe.

Eine andere Sache sei aber, daß deutsche Firmen außerhalb der Legalität bestimmte Produkte geliefert hätten. Was ihn besonders bedrücke, sei, daß es sich dabei teilweise um chemische Produkte gehandelt habe. Obwohl Deutschland keineswegs an der Spitze einschlägiger Lieferungen gelegen habe, sei man in einer völlig anderen Lage als andere Länder.

Wichtig sei es, derartige Vorgänge gesellschaftlich zu ächten. Denn wirkungsvoller als gesetzliche Maßnahmen sei der Hinauswurf derartiger Firmen aus dem Bundesverband der Deutschen Industrie.

Die gesetzlichen Bestimmungen seien erheblich verschärft worden und viel rigoroser als in anderen vergleichbaren Ländern. Wichtig sei aber auch, daß man zu einer aus dem Umweltrecht stammenden Einrichtung gelange, nämlich daß in jedem Vorstand eine Person benannt würde, die für derartige Exportfragen verantwortlich sei.

Bei einem Problem sei man praktisch hilflos: Wenn ein Ingenieur, der bei einer einschlägigen Firmen in Deutschland gearbeitet habe, beispielsweise von einem bestimmten Land ein doppeltes oder dreifaches Gehalt angeboten bekomme, und für eine bestimmte Zeit dorthin auswandere und dem Land seine Kenntnisse zur Verfügung stellt. Mit einem derartigen Personenkreis habe man es bei einer großen Zahl der "Geiseln" im Irak zu tun gehabt. Viele hätten angegeben, daß sie von Beruf aus "Handelsvertreter" gewesen wären, er frage sich nur welche Art von Handel sie vertreten hätten. Die meisten seien, kaum daß man sie befreit habe, sofort wieder verschwunden. Schon aus diesem Grund sei das wichtigste was man machen könne, die gesellschaftliche Ächtung entsprechender Vorgänge.

Präsident Comay dankte zum Abschluß dem Bundeskanzler für das ausführliche (knapp 2 1/2-stündige) Gespräch.

(Dr. von Morr)

[\[1\]](#) BArch, B 136/59744, 171-178.

Unit 212 VLR Dr. von Morr

Bonn, 20 March 1991

M e m o r a n d u m

Subject: The Chancellor's Meeting with the American Jewish Committee on 19 March 1991[\[1\]](#)

1. Participants:

President Comay as well as Mr. Ramer, Mr. Kornreich, Mr. Mirowitz, Mr. Reich, Mr. Harris, and Mr. Pordzik (Konrad-Adenauer-Foundation, Washington Bureau).

From the Chancellors Office: Mdg Dr. Kaestner, MR Dr. Mertes, and VLR Dr. von Morr.

2. Der Bundeskanzler welcomes the new AJC board under the leadership of President Comay and recalled that he had also met with Mr. Seymour Reich in his former capacity as international President of B'nai B'rith.

President Comay points to the AJC's close and constructive relationship with Germany, which had been developing since the end of World War II. As an organization, one had great interest in maintaining contacts with united Germany at the highest level. AJC was particularly grateful for the support from the Konrad-Adenauer-Stiftung, which had funded a variety of programs. More recently, a research study had been finalized looking, in detail, into German attitudes toward Jewish people, Jewish communities, and Israel - both in the West and in the East. One remarkable result was that there was a considerable difference in opinion between ordinary people and political elites with regards to attitude toward Jews: It was very clear that elites had a much more positive attitude compared to other sections of the population. One wanted to look further into this question during his current stay in Germany. Moreover, the issue of a peace settlement for the Near East was of the utmost importance.

The Chancellor appreciates the history of German-Jewish relations, depicting his personal experiences. Prior to the war, there had been a close German-Jewish symbiosis. Foreign Minister Lewy, who was initially from Morocco, was not aware of these things, for instance. During his recent visit, he offered Levy a tour in Worms where one could visit the Jewish cemetery and the synagogue. It would be good to intensify the activities of Jewish communities in Germany. Israel's government was arguing that Soviet Jews should rather come to Israel than Germany. But people were free to choose their residence. In his capacity as Federal Chancellor, he was not in a position to tell people: "You can't stay here." Even though one could not retrieve the times prior to the war, one could pass on the legacy of these times to future generations.

With regards to the AJC's study, the Chancellor points both to the psychological situation of the Germans after unification as well as to the specific date of the survey. Germany was a unity under constitutional law, but the division would continue in people's minds. The Germans in the former GDR had witnessed 12 years of Nazi dictatorship, 4 years of Soviet military dictatorship and SED dictatorship since 1949. Having a populace of 17 million, the SED had 2.9 million members and 120,000 full-time Stasi employees. The entire thing lasted 40 years. It was not surprising that the antisemitism from Stalin's time was still relevant in the entire East, not just in the former GDR, but also in Poland and the CSFR.

The GDR had had an anti-Israeli mood which had been indoctrinated by the authorities from above. This was blended with anti-Americanism and an anti-Israeli component. Albeit the Soviet Union had enabled the anti-Iraq coalition in the UN Security Council, this change in direction had not reached the minds of the people in the former GDR. It was important for the people in the former GDR to comprehend European integration and Franco-German friendship. There were not just negative voices toward Israel in the East, but also toward Poland - that was different from the Western part of Germany.

One of his particular concerns was that the economic recovery of the East would presumably create a "prosperity frontier" toward Poland, which would not exist and

had never existed toward France.

With regards to German-Israel relations, the Chancellor says that one had gone through several stages of a process. One started at zero after the war. Then came the meeting between Adenauer/Ben Gurion in New York, leading to an upward development in bilateral relations. There had been times in which Israel had been particularly popular in Germany. Israel's reputation had just suffered from the Palestinian question - legal questions were less decisive than television pictures. In a country with a pronounced refugee history, one was particularly sensitive to the fate of refugees.

With regards to global changes, he was expecting dramatic changes to come in this decade. One landmark achievement would be Europe's unification - keyword, common market. There would be three centers in 2000: Japan/Korea; USA/Canada and perhaps Mexico; and Europe. The United States would remain present in Europe. Nobody knew the future of the Soviet Union. One had to use the favorable factors for the emergence of the sustainable peace structure in the Middle East. One could envisage a "Marshall Plan" for the Near East. A political settlement had priority. Israel had to be secured permanently. At the same time, one had to resolve the Palestinian question.

President Comay appreciates German efforts for distinguishing Israel in a favorable sense from other European partners. An international conference for the resolution of the conflict in the Near East was counterproductive. It was better for Israel to negotiate with its neighbors and other Arab countries, directly. This was the best way to create mutual trust. He hopes that Germany supported this approach and that German-Israel trade relations developed favorably.

Germany ought to assume a European "leadership role" with regards to the Near and Middle East.

Mr. Kornreich interjects that he was American and Jewish at the same time, but he had to feeling he could understand the Chancellor better than Foreign Minister Levy. He could fully and warmly support the thoughts brought forward by the Chancellor.

Mr. Ramer brings up the question of what Germany could do against the Arab trade boycott vis-à-vis Israel.

The Chancellor responds that one was trying to support Israel effectively. He did not like the term "leadership role." The Germans were well advised not be loud. This did not imply that Germany was not very well aware of its task and its responsibilities. One had to push European integration in order to counter the envy of our neighbors. One had to construct and expand two roofs over the head of Germany - NATO and the European Community.

With regards to the Near East, this meant that Europe had responsibility for the region as the origin of three world religions. This also included Islam. One could not give the American government enough credit for its efforts not to portray the Gulf War as a Western war against Islam. Time and time again, he tried to make this very clear in his contact with Islamic leaders (reference to telephone conversation with Rafsanjani). He called upon Rafsanjani to fix Iran's relationship with the USA. Tensions had not been removed yet.

With regards to German-Israel relations: Indeed, one was trying to help Israel in every possible way. One also used one's work in the European institution and elsewhere to achieve this purpose. This was not self-evident as Israel's agricultural products were often times the same kind of products that the members of the European Community were producing.

At the same time, one should not forget the development of relations vis-a-vis the Arab. All major problems had not vanished, even after the successful end of the Gulf War. Except for Israel, one had important relations toward Egypt and Turkey as key countries in the Near East. Not all allies in the anti-Iraq coalition were particularly sympathetic. He did not want to participate in Syria's canonization. Back at the time, he had not participated in Iraq's upgrading either.

Mr. Mirowitz raises a question about the advantages of an intensification of Jewish community life in Germany now that the Chancellor had brought up.

In his answer, the Chancellor emphasizes the importance of the dialogue between

Christianity, Islam and Judaism. Active Jewish communities could have an important impact on universities and on the elites in art and literature in our country. Moreover, they would contribute to Germany's international appeal. He wanted to use a comparison: The lack of Jewish presence (compared to the time prior to the war) was like a burned down forest. There was still fertile soil, but it needed forest rangers to plant new trees. Foresters planted trees knowing that they would not witness their growth later on. This was the way in which he cultivated German-Jewish relations. If Europe was of the world's three large centers in 2010, it was great for Germany to have active and prospering Jewish communities. With whom else could we try to cultivate relations? Apart from this, he could not detect one single reasons against an increase of Jewish community life in Germany.

With regards to the Chancellor's remark on Germany's "leadership role," Mr. Reich interjects that Germany would not walk off secretly trying to avoid it. At best, Germany could claim a pause of one or two more years in order to cope with consequences of unification. Thereafter, Germany was supposed to act according to its relevance and its position.

There was not just a special relationship between the USA and Israel, but there was also a special relationship between Germany and Israel. Against this backdrop, he wanted to bring up the question about the requests of the Jewish Claims Commission with regards to the compensation of NS-victims.

The Chancellor pledges to take care of the pleas of the Claims Conference. On the leadership role of the Germans: Of course, Germany knew its role and its responsibility, but this did not imply that one had to discuss it permanently. Germany's position was of course at the center, not just in terms of geography. However, it was not easy to tell people that they had to carry more responsibility from now on.

Mr. Reich interjects that it was the right decision for Germany not to deploy troops in the Gulf. The U.S. government did not react appropriately in this case.

The Chancellor replies that one had to change the constitution nevertheless. As a member of the UN, one did not just have rights; one also had plights. The Germans had to learn this from anew after they had been hearing for decades that "they must not do such things." The peculiar German context was not sufficiently understood in all quarters in the United States. American Congressional deputies had as much knowledge as German deputies had about the necessity of U.S. policies.

The decisive thing was that things did not depend on daily opinion polls. There was a pro-American mood in Germany. The Marshall Plan was unforgotten, the same goes for the American protection and the maintenance of peace, as well as the defense of Berlin.

Mr. Harris underlines the AJC's positive attitude toward Germany's unification and raises questions pertaining to the role of German companies with regards to weapons export for Iraq, and to the Arab trade boycott, as well.

The Chancellor replies that one advocated a removal of the Arab trade boycott against Israel, given the chances for a peaceful development in the region. This was an opportunity for the European Community's participation. The EC might have ever better perspectives compared to the USA. One would look into the possibilities.

With regards to German companies, he had to state that they had not delivered one single weapon to Iraq since 1961. After the start of his tenure in 1982, weapons exports for the Near and Middle East had not been permitted, albeit that the USA had asked us during the Iran crisis. Saudi Arabia had been particularly interested in German submarines, Leo II tanks, and smoothbore cannons. The Saudis were still angry at him because he had forestalled those exports.

But it was a different thing for German companies to deliver illegal products. He was especially annoyed that these were partly chemical products. Germany was not in the forefront in terms of supplies, but we were in an entirely different position compared to other countries. It was important to outlaw these issues in public. One should ban such companies from German business associations - this was more efficient than legal measures. The legal regulations had been tightened and much more restrictive than in other countries. Moreover, it was important to apply a regulation for environmental law, stipulating that there should be one board member in each

company with responsibility for these kinds of exports.

But one was helpless in terms of another problem: If there was an engineer who had been working for a pertinent German firm who was offered twice or three times as much money for a job in a different country, one could emigrate for a certain time and share his knowledge. One had to deal with such a group of persons as "hostages" in Iraq. Many of them had pretended to be "commercial agents," but he was questioning which sort of trade they had been pursuing. Most of them had disappeared again after one had released them. For this reason, the most important measure one could take was to outlaw these things societally.

Finally, President Comay thanks the Chancellor for the extensive meeting (close to 2 1/2-hours).

[handwritten signature]

(Dr. von Morr)

[\[1\]](#) BArch, B 136/59744, 171-178.